

**Jugendhäuser als Verstärker von Gewalt?
- Kritische Anmerkungen zu einer Studie von Christian Pfeiffer -**

In einem kürzlich veröffentlichten Aufsatz problematisieren Christian Pfeiffer sowie seine MitarbeiterInnen Susann Rabold und Dirk Baier vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) (2008) auf der Grundlage einer Befragung von 3661 Jugendlichen der neunten Schulklassen in Hannover die Wirkungen von Jugendarbeit. Zentraler Befund der Studie ist, dass sich in Jugendzentren problematische Jugendliche „zusammenballen“ (258). Behauptet wird, dass viele von ihnen aus sozial belasteten Milieus stammen sowie Cliques angehören, die sich unangepasst verhalten und zu Gewalt neigen. Die zuspitzende Kernthese lautet:

"Der Besuch von Freizeitzentren erweist sich auch unter Berücksichtigung einer Reihe zentraler Risikofaktoren als eigenständiger Verstärkungsfaktor für gewalttätiges Verhalten." (ebd. 265f.)

Weiter ist von einem "Gewaltverstärkungseffekt, den der Besuch von Jugendzentren nun einmal entfaltet" (ebd.: 267), die Rede.

Solche Aussagen müssen Jugendarbeit beunruhigen, zumal Christian Pfeiffer in der Vergangenheit schon verschiedentlich den Zweck von Jugendarbeit radikal infrage gestellt hat² und mit entsprechenden Positionen bei den Medien beliebt ist.

Zudem zeigte er sich gegenüber der Jugendarbeit bislang wenig dialogbereit. So sagte er in einem Interview mit dem Westfälischer Anzeiger vom 15.10.2008: „Und die Forschung zeigt, dass wir heute zum Beispiel klar beweisen können, dass Jugendzentren die Wahrscheinlichkeit von Jugendgewalt erhöhen. Und dann können die schreiben, was sie wollen.“

Bereits am 22. November 2006 attackierte Pfeiffer die Kinder- und Jugendarbeit in der Sendung "Hart, aber fair" des Westdeutschen Rundfunks. Dort sagte er:

„Unser System ist nicht darauf eingestellt, den Gescheiterten wirklich effektiv zu helfen. Wir sind jetzt so leistungsfixiert durch PISA – da müssen wir ganz stark werden, da kämpfen alle drum – und wir erzeugen zu viel Verlierer in unserem Schulsystem. Das kann anders laufen, und dazu braucht man ganz sicher ... kleinere Klassen, mehr Menschen, die darauf beruflich vorbereitet sind: Psychologen, Sozialarbeiter. Wenn ich eine Vision entwickeln darf: Wir haben soviel Sozialarbeiter, die in Freizeitheimen und in Jugendzentren arbeiten. Beide Einrichtungen bräuchten wir gar nicht, wenn wir funktionierende tolle Ganztagschulen hätten. Und bitte: Alle

¹ Mitglieder der Expertengruppe, die diesen Text verfasst hat, waren Prof. Dr. Benno Hafener (Universität Marburg), Prof. Dr. Werner Lindner (Fachhochschule Jena), Prof. Dr. Michael May (Fachhochschule Wiesbaden), Prof. Dr. Lotte Rose (Fachhochschule Frankfurt), Prof. Dr. Albert Scherr (Pädagogische Hochschule Freiburg), Prof. Dr. Achim Schröder (Hochschule Darmstadt), Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker (Universität Hamburg).

² vgl. BA Fachverband: Die „Affäre Pfeiffer“: Ein Disput im Jahr 2006 (www.aba-fachverband.org/index.php?id=450, 3.12.2006), Gerd Brenner 'Die Jugendarbeit hat sich vielfach nicht bewährt'. Die Pfeiffer-Affäre' (in: deutsche jugend Heft 4/ 2006, S. 188ff.) sowie die Resolution 'Jugendarbeit erhalten und verbessern' (in deutsche jugend Heft 5/2006 sowie unter www.socialnet.de/materialien/0403jugendarbeit.htm).

Sozialarbeiter in diese Ganztagschulen rein! Dann hätten wir sie für alle erreichbar und nicht nur für bestimmte Subgruppen, die sich ein bestimmtes Freizeitheim gepachtet haben und keine anderen mehr reinlassen.“

Muss Jugendarbeit nunmehr endlich anerkennen, dass sie gewalttätige und delinquente Jugendliche hervorbringt und sich für ihre eigene Abschaffung einsetzen? Letzteres vertreten zumindest die VerfasserInnen der erwähnten Studie: Sie empfehlen ausdrücklich die „schrittweise Verlagerung der Offenen Jugendarbeit in Ganztagschulen und parallel dazu die schrittweise Schließung von Freizeitzentren“, weil nur so die Klientel der Jugendhäuser „aus ihrer sozialen Isolation“ herausfindet und in „besser durchmischte Freundschaftsnetzwerke“ (ebd. 267) hineinfließt.

Das Problem der Empirie

Genau genommen sind die empirischen Befunde der Studie zu einem Großteil nichts Neues. Dass in den Jugendhäusern sich Jungen (und Mädchen) aus benachteiligten Milieus zahlreich aufhalten, dass ihr Umgang rabiater ist als der von „Mittelschichtsjugendlichen“ sowie dass Gewalt, Delikte, Schulverweigerung und andere soziale Abweichungen zur Alltagskultur eines relevanten Teils der Klientel gehören, weiß Jugendarbeit schon lange selbst. Sie beschäftigt sich in Praxis und Theorie intensiv mit diesem Sachverhalt.

Äußerst fragwürdig ist jedoch die Unterstellung eines kausalen Zusammenhangs zwischen sozialer Benachteiligung, Jugendhausbesuch und Jugendgewalt. Es gibt nach den vorliegenden Daten offenbar zwar einen signifikanten statistischen Zusammenhang zwischen dem Jugendhausbesuch und dem verbal behaupteten abweichenden Verhalten der Jugendlichen, aber eben mehr auch nicht. Statistische Korrelationen sind jedoch niemals kausal im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs zu interpretieren, auch wenn dies - nicht nur in diesem Fall - häufig gemacht wird. Instruktiv ist hierfür das gängige Beispiel von den hohen Geburtenraten in Regionen mit vielen Störchen. Auch wenn hier also zweifellos ein eindrucksvoller statistischer Zusammenhang nachweisbar ist, handelt es sich doch keineswegs um einen kausalen.

Die von der Forschungsgruppe veröffentlichten interferenzstatistischen Befunde erlauben es nicht, den ermittelten signifikanten Zusammenhang, dass Jugendliche, die in der Befragung angeben, Jugendfreizeitzentren zu nutzen, auch häufiger von eigenem devianten Verhalten berichten, dahingehend als Kontexteffekt zu deuten, dass Freizeitstätten gewalttätiges und deviantes Verhalten erzeugen oder auch bestärken. Trotz der vorgenommenen Regressionsanalysen kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich bei dem festgestellten Zusammenhang nicht bloß um einen sog. Kompositionseffekt³ handelt. Folglich wäre erst noch einmal sehr viel sorgfältiger zu überprüfen, ob diese Auskunftsbereitschaft über deviantes Verhalten bei denjenigen Jugendlichen, die angeben, sehr stark Freizeitstätten zu nutzen, nicht auch aus der Zusammensetzung dieser Gruppe mit ihren individuellen Eigenschaften erklärt werden kann.

³ Kompositionseffekt meint, dass es sich um eine Folge der Zusammensetzung der befragten Gruppe handelt, also nicht um eine Folge des Ortes bzw. des sozialen Kontextes, in dem diese befragt wurden.

Zu bedenken ist schließlich auch, dass die Befunde der Studie auf Selbstaussagen der Jugendlichen basieren und nicht auf verlässlichen Messungen des tatsächlichen Verhaltens der Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund kann keineswegs davon ausgegangen werden, dass die erhobenen Daten per se die jugendlichen Praxisrealitäten abbilden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass hier stellenweise auch Selbststilisierungen ihren Niederschlag finden, die in spezifischen Kulturen bekanntermaßen gezielt mit solchen Skriptelementen spielen.

Aus frühen sozialökologischen Studien zur Verbreitung von Kriminalität in Quartieren mit einem hohen Anteil von MigrantInnen ist bekannt, dass in Form von Kollektivhypothesen fälschlich auf entsprechende Wirkungen solcher Gebiete geschlossen wurde. Inzwischen ist dies längst als „ökologischer Fehlschluss“ erkannt worden (s. dazu Häußermann/Siebel 2001). Die Berechnungen der Forschungsgruppe lassen begründet annehmen, dass es sich bei ihnen um einen ähnlich gelagerten „ökologischen Fehlschluss“ handelt. Im Grunde genommen könnte nur der durch andere Faktoren nicht erklärbare Rest von Varianz als Effekt eines spezifischen Kontextes gelten. Die von der Gruppe um Pfeiffer erhobenen Daten genügen nicht, um einen Kontexteffekt im Sinne eines Gewalt und Devianz fördernden Einflusses von Jugendfreizeitstätten jenseits der individuellen Charakteristika und Dispositionen ihrer NutzerInnen empirisch zu überprüfen. Selbst bei Ermittlung eines durch andere Faktoren nicht erklärbaren Rests von Varianz wäre erst noch der Nachweis zu erbringen, dass es sich um Effekte dieses spezifischen Kontextes handelt, was empirisch nur mit erheblichen Aufwand und sehr schwer zu belegen ist (vgl. Friedrichs/Galster/Musterd 2003). Ob bzw. wie dieser ‚Kontext‘ tatsächlich wirkt und welche Mechanismen dabei am Werk sind, ist so aber auch noch nicht zu ermitteln: „Dazu bedarf es plausibler Theorien und auch genauerer Analysen mit qualitativen Methoden“ (Häußermann 2007: 235).

Eine theoretische Begründung für die Vermutung, Jugendzentrumsbesuch sei ein eigenständiger Gewaltfaktor, findet sich aber bei Pfeiffer/Rabold/Baier nicht. Ob die untersuchten Jugendlichen, würden sie sich andernorts treffen, mehr oder weniger gewalttätig wären, als sie es nach eigenen Angaben sind, kann auf Grundlage der vorliegenden Daten nicht entschieden werden. Es könnte also ebenso gut sein, dass der Aufenthalt in einer solchen Freizeitstätte eine noch weitergehende Devianz der Jugendlichen verhindert. Zumindest ist in den Daten und Berechnungen der Gruppe um Pfeiffer kein schlüssiger Gegenbeweis dazu zu finden.

Kausale Zusammenhänge aus den Daten abzuleiten, verbietet sich zudem einmal mehr als es sich bei der durchgeführten Jugendbefragung um eine Querschnittstudie handelt. Ob der Jugendhausbesuch Gewalt tatsächlich verstärkt, wie die AutorInnen formulieren, wäre – wenn überhaupt – nur in einer evidenzbasierten Längsschnittstudie zu klären: Man müsste hierbei die Entwicklung einer typischen Besuchergruppe vergleichen mit der Gruppe von Nicht-Besuchern, die aber beide die Einstellungen zu Gewalt und Drogen teilen. Nur wenn die Besuchergruppe sich „schlimmer“ als die Nicht-Besucher entwickeln würde, wäre dies ein Hinweis auf die gewaltfördernde Wirkung von Jugendhäusern.

Das Jugendhaus als „Seuchenherd“?

Die Argumentation der Studie folgt zudem einem bekannten kriminologischen und seuchenmedizinischen Muster, das „Herde“ der Abweichung, Kriminalität und Krankheit zu entdecken und aufzulösen sucht. Es ist dies eine Perspektive, in der die sozialen und individuellen Ursachen des abweichenden Handelns völlig außen vor bleiben und stattdessen effektive Disziplinarmaßnahmen gefragt sind, die dafür sorgen sollen, dass Verbindungen zwischen „abweichenden Individuen“ zerschlagen werden, um die den kollektiven Ansammlungen innewohnende Gefahr der Formierung störender „Aufstände“ zu verhindern (vgl. Foucault 1976). Die Argumentation folgt einer Logik wie der folgenden: In einem harten Winter wandern viele Mäuse in ein Haus und vermehren sich dort. Als Gegenmaßnahme muss man das Haus abreißen.

Im Falle der Jugendhausbesucher ist ein solches Denkmuster besonders absurd: Zunächst exkludiert man soziale Gruppen, schafft Bedingungen institutioneller Diskriminierung, räumlicher Ausgrenzung und Segregation und Zugangsbarrieren zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung. Hat man dann die Exkludierten versammelt, identifiziert man ihre Ghettos und Treffpunkte als Kriminalitätsherde, die aufgelöst werden müssen. Nicht die Ursachen von Abweichung werden angegangen, sondern die gefährdenden kollektiven Orte müssen abgeschafft werden. Die Problemträger sollen in andere Institutionen integriert werden, um sie zu vereinzeln.

Das Bild der „Seuchenherde“ korrespondiert mit der Konstruktion "gefährlicher Subjekte". Dies trifft vor allem männliche Jugendliche mit geringem formalen Bildungsniveau und nicht-deutscher Herkunft (vgl. Scherr 2008). Damit wird ein Vorurteil als wissenschaftliche Erkenntnis verbrämt, das eine lange Geschichte hat, deshalb aber nicht weniger problematisch ist. Dass die Mehrzahl der Jugendlichen, die diese sozialen Merkmale aufweisen, sozial angepasst ist und strafrechtlich unauffällig bleibt, wird in dieser Sichtweise nicht weiter berücksichtigt. Dies führt zu einem Klima der allgemeinen Verdächtigung. Wie unangebracht diese jedoch ist, problematisiert mittlerweile selbst die polizeiliche Kriminalstatistik, wenn sie Einschränkungen gegenüber der Aussagefähigkeit ihrer Daten einräumt (BKA 2008, 105ff.). Zudem erfolgt eine Gleichsetzung von Nationalität und Ethnizität, die in Deutschland zwar gängig ist, in Großbritannien oder den USA aber als Ausdruck eines Ethnorassismus gelten würde.

Hoch problematisch ist auch der eindimensionale Blick auf ein pädagogisch bedeutsames Erfahrungs- und Lernfeld. Dies auf Gewalt und den konstruierten Zusammenhang als „Gewalt fördernder Faktor“ zu verengen, verkennt die Komplexität des pädagogischen Alltags und die kommunikativ-soziale Realität von Freizeiteinrichtungen. Entwickelt man einen solchen verengten Blick und formuliert prinzipialistische Abschaffungspositionen, dann wäre das so, als würde man vor dem Hintergrund von Gewalt in den Schulen fordern, die Schulen abzuschaffen; von Gewalt in der Straßenbahn, die Bahnen still zu legen; von Gewalt in Stadien, den Fußball abzuschaffen; von Gewalt in Familie, die Familien abzuschaffen usw. Komplexe und vielschichtige Erfahrungs- und Beziehungswelten, Lern- und Bildungsorte auf einen Aspekt und Zusammenhang zu reduzieren, verengt den Realitätsbezug und empi-

rische Zugänge, für zur Etikettierung und Stigmatisierung der Einrichtungen und des pädagogischen Personals.

Freizeitangebote in der Ganztagschule als Lösungsperspektive?

Die Studie entfaltet zum Ende eine Lösungsperspektive, die genauer in Augenschein genommen werden muss. So sollen nach Pfeiffer/Rabold/Baier (2008, S. 267) die Jugendhäuser sukzessive aufgelöst werden, um zu verhindern, dass sich „Problemjugendliche“ in diesen Ghettos zusammen finden und in ihrem abweichenden Verhalten verstärken können. Dies soll helfen, zivile Normalitätsstandards, wie sie von den anderen Jugendlichen vertreten werden, zu übernehmen – so jedenfalls die vordergründig plausible Idee. Als idealer Ort hierfür erscheint den AutorInnen die Ganztagschule. Vorgeschlagen wird ein entsprechendes Modellprojekt mit einem Nachmittags- und Abendprogramm in Schulen, das Stadtteilinstitutionen und Sozialpädagogik einbezieht (ebd. 267).

Dieses Konzept hat einen nicht zu übersehenden Charme, schließlich wissen auch die Fachkräfte der Jugendarbeit um die destruktiven Mechanismen sozialer Isolation. Orte der multikulturellen „Klassen“-Begegnung zu arrangieren, macht Sinn und ist oftmals ausdrücklicher Wunsch und aktives Bestreben von Jugendarbeit. Beim zweiten Blick tun sich jedoch eine Reihe von Bedenken auf.

Zweifel an dieser Strategie müssen sich schon deshalb einstellen, weil Schule als explizit anvisierter Ort des neuen Normalisierungsexperiments selbst bislang nachgewiesenermaßen wenig Fähigkeit zeigt, soziale Klassenschranken zu überwinden und Chancengleichheit herzustellen. Betrachtet man etwa die USA als Land mit einer Ganztagschulkultur und sehr geringen öffentlichen Freiräumen für Jugendliche, dann ist festzustellen, dass dies mit einem erheblich höheren Gewaltniveau einhergeht.

Die Idee der Integration durch die „durchmischten Freundschaftsnetzwerke“ hat insofern etwas wirklichkeitsfernes, als sie vergisst, dass eine soziale „Durchmischung“ nicht einfach durch räumliche Vermischung zu initiieren ist. Die kulturelle und materielle Differenz von Angehörigen unterschiedlicher sozialer Schichten, die daraus resultierenden Distinktionspraxen und das Bestreben, sich unter Gleichen zu gesellen sind dadurch nicht einfach zu überwinden. Wir sprechen nicht gegen die Idee einer „Schule für Alle“, aber die damit verbundenen Integrationsprobleme fangen doch dann erst an und sind viel komplexer als die Forschungsgruppe es mit ihren Praxisempfehlungen hinstellt. Im Grunde genommen stände die „neue“ Jugendarbeit in der Schule vor denselben Dauerproblemen wie die klassische Jugendarbeit außerhalb. Auch sie wäre damit konfrontiert, dass Jugendliche verschiedener Subkulturen in ihrer Freizeit „unter sich sein“ wollen und sich die Cliquenmilieus weniger leicht verbinden lassen als erhofft und gewünscht. Die Verlagerung der Freizeitpädagogik in den heterogenen Raum der Schule ändert daran nichts.

Das Lösungskonzept unterwandert zudem die Freiwilligkeitsstruktur der Offenen Jugendarbeit. Dies wird wie folgt begründet: Wenn Fachkräfte versuchen „die aus unseren Forschungsdaten erkennbar werdenden Probleme zum Inhalt ihrer Arbeit zu machen, ist zu befürchten, dass die Besucherzahlen zurückgehen“ (267). Soll heißen: Das Problem der Offenen Jugendarbeit ist, dass die freiwilligen Teil-

nehmerInnen ausweichen können, wenn ihnen nicht gefällt, was dort passiert. Unterstellt wird, dass die Gefahr hierzu dann besonders groß ist, wenn eine stärker konfrontierende und grenzsetzende Pädagogik stattfindet.

Abgesehen davon, ob diese Unterstellung überhaupt richtig ist, denn Jugendarbeitspraxis kann hierzu auch genau Gegenteiliges erzählen, wird deutlich erkennbar, dass es vor allem die Freiwilligkeitsstruktur und pädagogische Machtarmut Offener Jugendarbeit ist, die die AutorInnen bedenklich stimmen. Ihr integratives Erziehungsprogramm für abweichende Jugendliche können sie sich nur in Zwangskontexten vorstellen. Dass so gedacht wird, ist durchaus verständlich, dass aber auch die propagierten erzieherischen Zwangs-Settings nur teilweise die gewünschten Wirkungen haben, ist aus der Erziehungshilfe und der Jugendgerichtshilfe bekannt.

Problematisch sind solche pädagogischen Positionen, weil die Educanden ausschließlich als Objekte betrachtet werden: Sie werden zwangsintegriert, durchmischt und man funktionalisiert ihre Netzwerke. Das, was marginalisierte Jugendlichen sowieso immer schon erfahren, wird ihnen wieder angetan: sie sind entmündigenden, normativen Übergriffen ausgeliefert. Jugendliche werden nicht als selbsttätig aneignende Subjekte verstanden, die konstruktiv Ausgangspunkt einer subjektorientierten Pädagogik sein könnten.

Skeptisch muss schließlich auch die inhaltliche Programmatik der zukünftigen Freizeitpädagogik in Schulen machen: Man will „Lust auf Leben wecken durch Sport, Musik, Kultur und soziales Lernen“...„durch Kooperation mit Sportvereinen, einer Musikschule und anderen interessierten Einrichtungen“ (S. 267). Angesichts der relativ aussichtslosen Zukunftsperspektiven und psychosozialen Belastungen der Klientel erscheinen solche Vorschläge relativ naiv und weit ab von den Lebenswelten der Jugendlichen, um die es geht. Sie übersehen nicht nur, dass sie stark vom hegemonialen bildungsbürgerlichen Habitus geprägt sind, sondern auch, dass bekanntlich die genannten Kulturinstitutionen deutliche Klasseninstitutionen sind, dass also entsprechende Kooperationen eine Menge von Barrieren zu überwinden haben. Dies spricht nicht gegen solche Vorhaben, aber ihre Umsetzung ist eben angesichts der Realität sozialer Distinktionsmechanismen komplizierter als es in solchen unbedarften Sätzen erscheint.

Gegendarstellung: Offene Jugendarbeit als Ort sozialer Integration

Die statistischen Befunde von Pfeiffer/Rabold/Baier lassen unter der Hand ein Bild zu Jugendhäusern entstehen, das sie als gruselige und gefährliche Orte der Ansammlung von Gewalttätern und Gewaltakten erscheinen lässt. Die mittlerweile umfangreich vorliegenden differenzierten und vielfach ethnografisch konzipierten Studien zum Alltag der Jugendarbeit (Cloos u.a. 2007, Küster 2003, Lindner 2008, Müller/Schmidt/Schulz 2005, Rose/Schulz 2007) zeigen jedoch eine völlig andere Wirklichkeit. Sie bestätigen zwar, dass die Jugendhäuser vor allem Anlaufstellen und Aufenthaltsorte für Jungen und Mädchen benachteiligter Lebenslagen sind, dennoch gestaltet sich der Alltag dort weit zivilisierter als dies die vorliegende Studie – gewollt oder ungewollt - suggeriert.

Jugendliche bringen ihre Bildungs- und Entwicklungsthemen in diese sozialpädagogischen Arenen auf komplexe Weise ein: sie gestalten differenzierte Beziehungsformen, erproben Möglichkeiten geschlechtlicher Identität; inszenieren Ereignisse und Bühnenstücke, machen interkulturelle Erfahrungen, eignen sich Kompetenzen an, die im schulischen Curriculum nicht enthalten sind, sie übernehmen schließlich auch Verantwortung als Ehrenamtliche. Aggressivität, Angriffe, Provokationen, Drogenkonsum und Grenzverletzungen finden statt, aber in ganz anderer Weise als dies von Pfeiffer u.a. unterstellt wird: statt im Jugendhaus eine Kultur der Verherrlichung und Weitergabe von Gewalt- und Kriminalitätsmustern zu praktizieren, sind es spielerisch-performative Inszenierungen, in denen die Jugendlichen ihre Themen reflektier- und bearbeitbar machen. Offene Jugendarbeit ist kein subkultureller Ort der Vermittlung von kriminellen Peer-Normen, sondern als pädagogisch gerahmter Ort ermöglicht sie gerade eine spielerisch-reflexive Distanzierung von solchen Orientierungen und eröffnet auch in den Strukturen und sozialen Umgangsweisen des konkreten Jugendhausalltags Erfahrungen von Alternativen.

Fragt man jugendliche Besucher von Jugendhäusern nach den Bildungseffekten ihrer Jugendarbeitsteilnahme, nennen sie folgende typische Lernerfahrungen (s. Delmas/Reichert/Scherr 2004; Delmas/Scherr 2005): sie erleben Konflikte als Anlässe für ein Lernen über eigenverantwortliche und gewaltfreie Konfliktregulierung; sie lernen in Projekten und Aktionen, in denen, planerische, technische, kalkulatorische und organisatorische Fähigkeiten durch learning-by-doing und die Weitergabe von Wissen zwischen den Jugendlichen erworben werden; sie sehen Lernpotenziale in der Begegnung zwischen älteren und jüngeren Jugendlichen, Einheimischen und Migranten sowie zwischen Mädchen und Jungen und sie schätzen die Zuweisung begrenzter Verantwortlichkeit im Rahmen der Aufrechterhaltung des Betriebs und der Organisation und Durchführung von Angeboten, Konzerten, Veranstaltungen etc. als Lernchance

Die ethnografische Studie von Cloos u.a. (2007) kann darüber hinaus durch ihre differenzierten Analysen der pädagogischen Performanz eindrucksvoll zeigen, wie in dem offenen und ambivalenten Feld des Jugendhauses das diffizile pädagogische Arrangement zwischen jugendlicher Selbstsozialisation und erwachsener Wächter- und Erzieherfunktion erfolgreich ausbalanciert wird. Da die Teilnehmenden freiwillig kommen, begegnen sich PädagogInnen und Jugendliche als prinzipiell gleiche Subjekte und müssen ihre gemeinsame soziale Praxis gemeinsam aushandeln – auch durchaus in Kämpfen um Anerkennung. Fachkräfte treten als „Andere unter Gleichen“ auf, sie kommunizieren einerseits auf gleicher Ebene mit den Kindern und Jugendlichen, bringen aber andererseits aktiv ihren pädagogisch-erwachsenen Status als „Andere“ ein. Dies realisieren sie, indem sie sich „präsent zeigen und sich über Modulationen situationsadäquat und pädagogisch motiviert in das Geschehen einmischen und so zu Veränderungen des gegebenen Kommunikationsrahmens beitragen“ (Cloos u.a. 2007, S. 49): sie mischen sich mit ihren Kommentaren und Setzungen ein, ohne zu dominieren und zu zwingen und eröffnen so den jugendlichen Inszenierungen ein Potential von Reflexivität.

Als „Andere unter Gleichen“ zu agieren realisiert sich zudem in der Befolgung der „Sichtbarkeitsregel“, wie Cloos u.a. dies nennen. Dies bedeutet, dass Fachkräfte sich unentwegt zu den jugendlichen

Handlungen und Haltungen positionieren: Indem sie sich an der gemeinsamen Gestaltung der „kleine Gesellschaft“ im Jugendhaus offensiv beteiligen, machen sie ihre eigenen Werte und Normen nicht nur sichtbar, sondern sie machen sie zum Gegenstand der gemeinsamen Auseinandersetzung. Beleidigungen, Vandalismus, Gewalt, ausufernde „Kampfspiele“, Sexismus, Drogengebrauch erfahren so kritische Konfrontation und Regulation. Der entscheidende Punkt ist, dass dies alles auf der Grundlage der Freiwilligkeit geschieht, die die Jugendlichen als Subjekte anerkennt, die das Recht und die Fähigkeit haben das gemeinsame Tun mitzugestalten. Durch ihre Selbstpositionierung machen die PädagogInnen die sozialen Konflikte zum Inhalt gemeinsamer Aushandlungen über die Werte und Normen, Rechte und Pflichten, die im Jugendhaus gelten sollen; sie öffnen diese Inhalte der Reflexion und gemeinsamen Bearbeitung und Entscheidung. Konstruktive soziale Regeln und Werte werden hier nicht theoretisch vermittelt oder autoritär gesetzt, sondern sie müssen in gemeinsamer Praxis errungen, reflektiert und fortgeschrieben werden.

Damit entspricht die Pädagogik der Offenen Jugendarbeit den Erkenntnissen der Kohlberg-Schule zur Entwicklung moralischen und demokratischen Handelns: diese hatte seit den 1960er Jahren gezeigt, dass die Entwicklung von konstruktiver Moralität und Sozialität voraussetzt, dass man selber moralisch und demokratisch behandelt wird und in Settings lebt, die sich durch folgende Faktoren auszeichnen (s. Sturzenhecker 1993; Sutter 2004 und 2007): stabile emotionale Zuwendung und Anerkennung; offene Konfrontation mit sozialen Problemen und Konflikten; Chancen zur Teilnahme an Kommunikationsprozessen; Möglichkeiten der Mitwirkung an kooperativen Entscheidungen und Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebens sowie für Andere.

Die praktizierte Auseinandersetzung in der täglichen Beziehungsarbeit wird auch durch jüngere Forschungen bestätigt, die sowohl die kognitive wie die emotionale Entwicklung des Menschen von Anfang des Lebens als „in Beziehungen“ geformt konzipiert. Die Vorstellung von intrapsychischen Vorgängen im Subjekt, das die Einflüsse der Außenwelt mehr oder weniger aufnimmt und verinnerlicht wird zunehmend abgelöst von einer Vorstellung, dass diese Einflüsse und Einwirkungen immer im Kontext von Beziehungen und deshalb interpsychisch aufgenommen werden. Eine solche Intersubjektivitätstheorie (Altmeyer 2005) akzentuiert das Bild von Chancen und Grenzen eines Wandels des Subjekts durch Andere deutlicher als bisher. Ein solches Menschenbild zeigt an, dass Lernprozesse und damit eine Erweiterung des Wissens, Denkens und Fühlens nur in einer Bezogenheit gedacht werden können. „Der Andere“ war bei der Herausbildung des Selbst immer konstitutiv; „ein Anderer“ muss es deshalb auch bei seinem Wandel sein.

Entsprechend schwierig gestalten sich die Auseinandersetzungen mit Jugendlichen, die missachtende, missbräuchliche, übergriffige und gewalttätige Beziehungserfahrungen hinter sich haben und diese in ihre Interaktionen mit Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern einbringen. Hier erzieherisch wirken zu können, setzt voraus, mit diesen destruktiven Erfahrungen der Klientel konstruktiv umgehen zu können. Wirkungsvolles Lernen vollzieht sich im Bezug; und dieser Bezug ist die große Stärke der Jugendarbeit – vor allem der offenen Jugendarbeit.

Auch Bildung, genauer gesagt, die Urteilsbildung findet in direkten Interaktionsprozessen statt; hier geschieht das, was man „bezogene Urteilsbildung“ (Schröder 2005) nennen kann. Damit soll die enge Verzahnung zwischen Bildung und Beziehung zum Ausdruck gebracht werden. Vorstellungen und Werturteile kristallisieren sich vorrangig in der „Beziehung und Auseinandersetzung mit Anderen“ heraus und können sich auch auf diese Weise verändern. Für Jugendliche im notwendigen Absetzungsprozess von familiären Bindungen und auf der Suche nach eigener Urteilskraft sind jene anderen Erwachsenen wichtig, die sie in der Jugendarbeit antreffen und die sowohl selbstsicher sind als auch empfindsam gegenüber dem, was Jugendliche beschäftigt.

Diese Bedingungen sind in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit realisiert, wie Studien zeigen können (s.o.). Sie eröffnen Bildungspotentiale, die in den anderen Lern- und Erfahrungsfeldern gerade der belasteten Jugendlichen kaum gegeben sind. Mit diesem Alleinstellungsmerkmal der Jugendarbeit zeigt sich aber auch, wie stark die anderen, gegensätzlichen Erfahrungsfelder und gesellschaftlichen Verhältnisse sind, denen die Jugendlichen außerhalb der Jugendarbeit ausgesetzt sind. Jugendarbeit bleibt eine konstruktive, aber sicherlich schwache Gegenerfahrung zu jugendlicher Gewaltpraxis, aber auch zu jugendlichen Gewalterfahrungen in ungerechten Lebensverhältnissen. Auf Grund ihrer Strukturen und pädagogischen Praxis kann Jugendarbeit Reflexivität und selbsttätige Aneignung alternativer Denk- und Handlungsweisen eröffnen und fördern, sie kann aber nicht die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten verhindern, die einen Teil der Jugendlichen in benachteiligenden Verhältnisse aufwachsen lässt.

Offene Herausforderungen für die Jugendarbeit

Nicht nur die vorliegende Studie erinnert nachdrücklich daran, in welcher prekären Lage sich ein Teil der Jugendlichen befindet und dass gerade dieser Jugendhäuser als Anlaufstellen sucht. So muss sich Jugendarbeit durchaus fragen, wie sie darauf reagieren will und ob es reicht diesen Jugendlichen eine Gegenerfahrung von Anerkennung, Subjekthaftigkeit und demokratisch aushandelnder Gestaltung des gemeinsamen Ortes zu bieten. Angesichts der Exklusion und Zukunftslosigkeit solcher Jugendlicher ist das sicherlich besser als nichts. Aber ist es genug? Die Frage ist, wie Offene Jugendarbeit ihre NutzerInnen unterstützen könnte, sich auch über das pädagogische Refugium hinaus ihr Stück vom Leben zu holen und aktive gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitgestaltung zu gewinnen.

Sozialpädagogik kann nicht die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten ändern, aber sie kann einen anderen Umgang damit erschließen. Jugendarbeit hätte dann die Aufgabe, Jugendliche darin zu unterstützen, ihre Sicht ihrer Lage und ihre Interessen für ein besseres Leben politisch-öffentlich zu artikulieren, also von Objekten gesellschaftlicher und pädagogischer Zumutungen zu politischen Subjekten der gesellschaftlichen Mitgestaltung zu werden. Das kann nicht als pädagogische Zwangspolitisierung geschehen, sondern muss bei den alltäglichen Problemen und Interessen, Unzufriedenheiten und Kritiken der Jugendlichen in ihrer Kommune, in ihrem Block und Kiez beginnen.

Schluss: Wenn Kriminologie über Jugendarbeit den Stab bricht

Die vorliegende Studie fordert Jugendarbeit heraus, nicht nur weil sie ihr ihren Nutzen radikal abstreift, sondern gerade auch dadurch, dass sich hier ein kriminologischer und devianzorientierter Fachdiskurs Deutungshoheit verschafft. Dass wissenschaftliche Disziplinen sich Gegenständen widmen, die zunächst einmal nicht zu ihren genuinen gehören, ist legitim und im Prinzip in Ordnung. Auch Jugendarbeit erlaubt es sich schließlich, Bemerkungen zur schulischen Bildungspraxis, Stadtraumplanung, Kriminalprävention, Gesundheitserziehung u.ä. zu machen. Kritisch wird das ganze jedoch durch die Art und Weise wie es geschieht. Wenn Befunde und Vorschläge die vorhandenen differenzierten professionellen Diskurse der Sozialpädagogik und Kinder- und Jugendarbeit völlig übergehen, subtile Diffamierungen stattfinden und interdisziplinäre Dialoge verweigert werden, finden unzulässige Anmaßungen statt, gegen die sich Jugendarbeit verwehren muss.

Kinder- und Jugendarbeit ist weit davon entfernt, sich kritischer Anregungen zu ihrer eigenen Weiterentwicklung zu verschließen, und Untersuchungen und Rückmeldungen aus sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen können hier selbstverständlich gewinnbringend sein, aber dies erfordert einen interdisziplinären Diskurs der wechselseitigen Anerkennung.

Warum gerade Jugendliche seit geraumer Zeit aus dem Fokus einer verantwortungsvoll gestaltenden Politik und den hiermit verbundenen Finanzverpflichtungen verschwunden sind, warum sich in Jugendfreizeitstätten vielfach überwiegend Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen aufhalten, ob sich in dieser Hinsicht die Kinder- und Jugendarbeit gar konträr zu ihrem gesetzlichen Auftrag gemäß SGB VIII zu einer Art Devianz- oder Präventivpädagogik oder gar zu bloßer Exklusionsverwaltung entwickelt - all dies sind zweifellos notwendige Diskurse, die in der sozialpädagogischen Profession, interdisziplinär und im Dialog mit Politik zu führen wären.

Ob und in welcher Form die Kinder- und Jugendarbeit sich in Kooperationen mit Schule einlässt, ob und in welcher Form auch sozialräumliche konzentrierte Settings sinnvoll sind, welche Perspektiven, aber auch welche Risiken und Nebenwirkungen hier zu antizipieren sind, ist sorgfältig zu prüfen. Diese Diskurse dürfen jedoch ausschließlich sozialpädagogischen und nicht kriminologischen Prämissen folgen.

Literatur

- Altmeyer, Martin (2005): Intersubjektivität, Umweltbezogenheit, Realitätserfahrung. Ein Paradigmenwechsel im psychoanalytischen Verständnis von Bildungsprozessen. In: kursiv, Heft 1, S. 60-67
- BKA (2008): Polizeiliche Kriminalstatistik 2007. Wiesbaden
- Cloos, Peter / Königeter, Stefan / Müller, Burkhard / Thole, Werner (2007): Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden
- Delmas, Nanine/Reichert, Julia/Scherr, Albert (2004): Bildungsprozesse in der Jugendarbeit. In: Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg (Hg.): Jugendarbeit ist Bildung. Stuttgart, S. 86-197
- Delmas, Nanine/Scherr, Albert (2005): Bildungspotenziale der Jugendarbeit. Ergebnisse einer explorativen empirischen Studie. In: Deutsche Jugend, 53. Jg., Heft 3, S. 105–109
- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main
- Friedrichs, Jürgen / Galster, George / Musterd, Sako (2003): Neighbourhood. Effects on Social opportunities: the European and American research and policy context. In: Housing Studies, Vol. 18, Nr. 6, S. 797-806
- Häußermann, Hartmut (2007): Effekte der Segregation. In: vhw FW 5: S. 234-240

- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission "Zuwanderung". Berlin / Oldenburg
- Küster, Ernst-Uwe (2003): Fremdheit und Anerkennung. Ethnografie eines Jugendhauses. Weinheim, Basel, Berlin
- Lindner, Werner (Hg.) (2005): Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden 2008
- Müller, Burkhard / Schmidt, Susanne / Schulz, Marc (2005): Wahrnehmen können. Jugendarbeit und informelle Bildung. Freiburg i. Br.
- Pfeiffer, Christian/ Rabold, Susann / Baier, Dirk (2008): Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt? In: ZJJ 3/2008, S. 258-268
- Rose, Lotte /Schulz, Marc (2007): Gender-Inszenierungen. Jugendliche im pädagogischen Alltag. Königstein/Ts.
- Scherr, Albert (2008): Soziale Benachteiligung, Kriminalisierung und Kriminalitätsbelastung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: DVJJ (Hg.): Fördern, fordern, fallen lassen. Bad Godesberg, S. 209-216
- Schröder, Achim (2005): Sich bilden am Anderen. Professionelle Beziehungen in der Jugendarbeit. In: Hörster, Reinhard/Küster, Ernst-Uwe/Wolff, Stephan (Hrsg.): Order der Verständigung. Beiträge zum sozialpädagogischen Argumentieren. Freiburg i.Br., S. 231-243
- Sturzenhecker, Benedikt (1993): Demokratie zumuten - Moralerziehung in der offenen Jugendarbeit. In: deutsche jugend, Heft 3/1993, S.111-119
- Sutter, Hans-Jörg. (2004): Entwicklungsorientiertes Fallverstehen. Eine hermeneutisch-rekonstruktive Fallstudie zur Entwicklung moralischer Urteilsfähigkeit. In: sozialer sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung 5 (2004). S. 335-386
- Sutter, Hans-Jörg (2007a): Demokratische Partizipation im Jugendstrafvollzug. Erziehungswissenschaftliche Rekonstruktion eines Modellversuchs. In: sozialer sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung 8 (2007). S. 131-158